

Stefan Bollinger

NOVEMBER '18

**Als die Revolution
nach Deutschland kam**

edition ost

Über das Buch

1789 leitete die Französische Revolution die Ära des bürgerlichen Staates ein, 1917 gelang in Russland die Überwindung des imperialistischen Systems. Die Deutschen hingegen gelten als zu zaghaft für »echte« Revolutionen, auch die linksradikalen Aktionen 1918 seien bestenfalls ein Strohfeuer gewesen, so die gängige Lesart – der Weg in die deutsche Demokratie führte über den Reformkurs der Sozialdemokraten! Oder doch nicht? Und wie ist es zu werten, dass die erste deutsche Republik in Nazi-Herrschaft und Zweitem Weltkrieg endete? Stefan Bollinger untersucht in diesem Buch, welche Rolle die verschiedenen Akteure in der Novemberrevolution spielten, welche Stimmung im Land herrschte, wie tief der revolutionäre Elan tatsächlich ging, an welchen Wegmarken die entscheidenden Weichen gestellt wurden – und was stattdessen möglich gewesen wäre. Seine aufschlussreiche Darstellung der Ereignisse bietet neue Impulse, wie die Lehren aus der Novemberrevolution uns *heute* voranbringen können.

Über den Autor

Stefan Bollinger, geboren 1954, studierte Philosophie, Politikwissenschaften und Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er ist als Hochschuldozent und seit 1990 in der Erwachsenenbildung tätig, Lehrbeauftragter am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, Mitglied der Leibniz-Sozietät und der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Partei Die Linke sowie ehrenamtlicher Stellvertretender Vorsitzender des Helle Panke e.V. und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin. Dr. sc. Stefan Bollinger arbeitet zur Geschichte der DDR und der BRD, zur osteuropäischen Geschichte und zu den Zusammenhängen von Ideologie- und Politikgeschichte. In der edition ost erschienen von ihm zuletzt »Meinst du, die Russen wollen Krieg? Über deutsche Hysterie und deren Ursachen« (2016) und »Oktoberrevolution. Aufstand gegen den Krieg« (2017).

Sämtliche Inhalte dieser Leseprobe sind urheberrechtlich geschützt.
Sie dürfen ohne vorherige schriftliche Genehmigung weder ganz noch auszugsweise kopiert, verändert, vervielfältigt oder veröffentlicht werden.

ISBN 978-3-360-01884-7

© 2018 edition ost im Verlag Das Neue Berlin, Berlin

Umschlaggestaltung: Verlag, Peter Tiefmann
unter Verwendung eines Plakatmotivs aus dem Archiv der edition ost

Die Bücher der edition ost und des Verlags Das Neue Berlin
erscheinen in der Eulenspiegel Verlagsgruppe.

www.eulenspiegel.com

Inhalt

Prolog: Wer wird führen? 7

I.

Die Revolution gegen Krieg und Kaiser 13

**Die Flotte unter der roten Fahne –
der Sieg der Freiheit! 13**

**Eine Ordnung aus den Fugen:
Kiel – München – Berlin 26**

II.

**Ein notwendiger Exkurs:
Revolution im Widerstreit 39**

Deutschland, deine Revolutionen? 39

Das erste runde Jubiläum 1928/29 45

Deutsch-deutscher Erinnerungskampf 54

Die Wiederentdeckung der Revolution 67

Revolutionserinnerung nach der Wende 75

III.

Revolution von oben? 83

Eine sozialistische Regierung? 83

Eine Vorgeschichte 87

Der Ausweg aus der militärischen Niederlage 95

Das Kapital bestimmt, wo es langgeht 105

IV.

Die Revolution erobert das Land 111

**München: nicht Oktoberfest, sondern
Novemberrevolution** 111

In der Hauptstadt fallen die Entscheidungen 116

Räte oder Nationalversammlung? 127

Die Rolle der Mehrheitssozialdemokraten 136

V.

Eine zweite Revolution – offenes Ende? 149

Die Unabhängigen Sozialdemokraten 156

Wieder bei Marx? 164

»Die Ordnung herrscht in Berlin« 177

Fieberkurven 183

Ein offenes Resümee: Epochenbruch 187

Anmerkungen 207

Eckdaten zur Orientierung 225

Glossar 239

Prolog: Wer wird führen?

Zwei richtungsweisende Szenen markieren den Beginn der Revolution 1918 und nehmen für die nächsten gut zwei Jahrzehnte den Streit um die Inhalte dieser Revolution vorweg. Die Deutschen machen Revolution gegen den Krieg, gegen die verhasste Obrigkeit, und doch ist vielen nicht klar, was sie eigentlich wollen.

Kaum hat der alte Kanzler eigenmächtig den Thronverzicht des Kaisers erklärt, kaum sind die Amtsgeschäfte an Friedrich Ebert übergeben, drängt sich Philipp Scheidemann, der redengewandte, erfahrene Kämpfer der SPD, pflichtschuldig ans offene Fenster. Er erinnert sich später an seine zentrale Sorge: »Zwischen dem Schloss und dem Reichstag, so wurde versichert, bewegten sich ungeheure Menschenmassen hin und her. ›Liebknecht will die Sowjetrepublik ausrufen!‹ Nun sah ich die Situation klar vor Augen. Ich kannte seine Forderung: ›Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!‹ Deutschland also eine russische Provinz, eine Sowjet-Filiale? Nein! Tausendmal nein! Kein Zweifel: Wer jetzt die Massen vom Schloss her ›bolschewistisch‹ oder vom Reichstag zum Schloss hin ›sozialdemokratisch‹ in Bewegung bringt, der hat gesiegt.«¹

Scheidemann ist an jenem Tag der Erste, der diese Menschenmassen mit der Proklamation einer demokratischen Republik und dem Versprechen, dass das Alte zerbrochen sei, gewinnen will.

Nur kurze Zeit später folgt die befürchtete Szene vor dem Berliner Schloss. Tausende sind versammelt. Karl Liebknecht fährt mit einem Auto vor und ist überzeugt, dass mit seiner Fahrt durchs Schlosstor die »neue sozialistische Freiheit der Arbeiter und Soldaten« in die Gemäuer einziehen werde. »Die Soldaten der Schloss-

wache, die auf dem Dache sichtbar waren, schwenkten die Helme und grüßten zur Menge herab, die an das Tor drängte«, berichtet am Folgetag die *Vossische Zeitung*. Vom Balkon des Schlosses, der bis heute erhalten ist, verkündet Liebknecht die »freie sozialistische Republik«. Das heißt: Alle Macht den Arbeitern und Soldaten, den Räten im engen Bündnis mit Sowjetrußland. Im Unterschied zu seinem früheren sozialdemokratischen Genossen sieht er aber die Revolution nicht an ihrem Ende, sondern erst am Anfang. »Wenn auch das Alte niedergerissen ist«, fuhr Liebknecht fort, »dürfen wir doch nicht glauben, dass unsere Aufgabe getan sei. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue staatliche Ordnung des Proletariats, eine Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit unserer deutschen Brüder und der Brüder in der ganzen Welt.« [...] Bald darauf wurde an dem Mast der Kaiserstandarte die rote Fahne gehisst.«²

Die deutsche Revolution steht wie jede moderne Revolution oder auch nur reformerische Umwälzung vor einem doppelten Problem: Sie muss mit der alten Ordnung, also hier der Macht der Großbourgeoisie, des Adels und der von ihr dominierten repressiven wie ideologischen Staatsapparate, fertig werden. Das schließt auch das Gewinnen oder Verlieren breiter Teile der Bevölkerung mit ein, die den bisherigen Machthabern vertrauen. Noch schwieriger zu handhaben aber ist der Konflikt zwischen den verschiedenen Akteuren, welche die neue Ordnung wollen. Die sich darüber streiten, wie die neue Gesellschaft, der Sozialismus, beschaffen sein müsste. Ob dieser Kampf mit allen Mitteln zu führen sei, ob Gewalt mit Gewalt beantwortet werden dürfe, oder ob ein langsames Vorgehen zweckdienlicher wäre, das für die bislang Benachteiligten, Unterdrückten, Ausgebeuteten peu à peu die neue, sozialistische Welt aufbaut.

Die geschichtlichen Erfahrungen zeigen, dass dieser innere Kampf oft viel härter und unerbitlicher geführt wird als der mit dem Klassengegner, der sich oft ins Fäustchen lachen kann, wie seine Feinde sich gegenseitig aufreiben.

Die Erfahrung von Novemberrevolution und Weimarer Republik lehrt zudem, dass das Scheitern dieser Republik wohl nur

bedingt damit zusammenhing, dass es sich um eine »Demokratie ohne Demokraten« handelte, was einst wie heute gern kolportiert wird. Es gab diese Demokraten im bürgerlichen Lager und noch mehr unter den Arbeitern, Soldaten, auch Bauern. Viele waren in den kritischen Tagen bereit, die Demokratie in die eigene Hand zu nehmen, in die Hand ihrer basisdemokratischen Räte zu legen. Viele waren aber auch bereit, sich diese Selbstermächtigung im Namen einer parlamentarischen, also stellvertretenden Demokratie wieder nehmen zu lassen. Die anderthalb Jahrzehnte der Weimarer Republik zeigen, was passiert, wenn eine Revolution »vergisst«, mit ihren Feinden abzurechnen, wenn sie Militär, Justiz, Staatsapparat und kapitalistisches wie agrarisches Groß Eigentum in den Händen der bisher und nun weiterhin Mächtigen belässt. Die hofften seit 1918 auf Revanche und bereiteten sie tatkräftig vor. Dass Sozialdemokraten sich zur Sicherung ihrer frisch errungenen Macht – genauer: der ihnen dank der revolutionären Matrosen, Soldaten und Arbeiter zugefallenen Macht – des Militärs und frühfaschistischer Freikorps bedienten, wurde nicht nur der radikalen Linken, sondern der Demokratie insgesamt und den Sozialdemokraten selbst zum Verhängnis. Nicht wenige verloren ihr Leben, viele haben erst in KZ und Zuchthaus begriffen, wie wichtig das Bündnis aller Linken ist; die Bereitschaft, die Demokratie zu verteidigen, die Abscheu vor reaktionären Machthabern.

In diesem Buch soll nicht akribisch der Verlauf der Revolution und der weiteren Auseinandersetzungen nachgezeichnet, kein neuer Bilderbogen der Ereignisse entfaltet werden.³ Vielmehr sollen einige Zäsuren und entscheidende Daten herangezogen werden, die den Verlauf und die Eskalation der Entwicklung, ihr Umschlagen illustrieren, um die zentralen Fragen der damaligen Zeit und ihrer heutigen Reflexion zu verstehen. Denn diese historischen Scheidepunkte hatten eine immense Langzeitwirkung. Natürlich ist kaum eine Auseinandersetzung mit den damaligen Ereignissen positivistisch, d. h. an den reinen Fakten und Abläufen orientiert. Sie ist immer gebunden an die politische und ideologische Positionierung des Betrachters, gebunden an die jeweiligen Fragen, mit denen er an eine bestimmte historische

Situation, an historische Ereignisse und Personen, an ihre Chronisten herantritt. Das war übrigens auch schon den damaligen Akteuren klar, wie eine Woche nach dem Ende des Kaiserreichs die folgende amtliche Weisung der ersten republikanischen, sozialdemokratisch geführten Reichsregierung zeigt.

Umstellung der Geschichtswissenschaft.

Amtliche Mitteilung vom 15. November 1918

Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat folgenden Erlass an die Provinzialschulkollegien und Regierungen gerichtet:

1. Wo bisher der Geschichtsunterricht mit anderen Lehrkräften dazu missbraucht wurde, Volksverhetzung zu betreiben, hat solches in Zukunft unbedingt zu unterbleiben, vielmehr einer sachgemäßen kulturhistorischen Belehrung Platz zu machen. Alle tendenziösen und falschen Belehrungen über den Weltkrieg und dessen Ursachen sind zu vermeiden.
2. Aus den Schulbibliotheken sind alle Bücher zu entfernen, welche den Krieg an sich verherrlichen.
3. In keinem Unterrichtsfache sind seitens der Lehrkräfte abfällige oder entstellende Bemerkungen über die Ursachen und Folgen der Revolution sowie der gegenwärtigen Regierung zu äußern, welche geeignet sind, bei der Schuljugend das Ansehen und die Errungenschaften dieser Volksbefreiung herabzuwürdigen.
4. Es hat seitens der Schulleiter und Lehrer im Verkehr mit der Jugend alles zu unterbleiben, was geeignet ist, die Stimmung zu einer Gegenrevolution (besonders auf dem flachen Lande) zu schüren, da solches Vorgehen im jetzigen Augenblick die größte Gefahr eines Bürgerkrieges für unser Volk in sich birgt.
5. Bis zum Erlass über Trennung von Schule und Kirche sind Kinder von Dissidenten und solchen Andersgläubigen, für die ein Religionsunterricht im jetzigen Schulplan nicht vorgesehen ist, auf Antrag der Erziehungsberechtigten ohne jeden weiteren Nachweis vom Religionsunterricht zu befreien.⁴

»Die Führung hat versagt. Aber die Führung kann und muss von den Massen und aus den Massen heraus neu geschaffen werden. Die Massen sind das Entscheidende, sie sind der Fels, auf dem der Endsieg der Revolution errichtet wird. Die Massen waren auf der Höhe, sie haben diese ›Niederlage‹ zu einem Glied jener historischen Niederlagen gestaltet, die der Stolz und die Kraft des internationalen Sozialismus sind. Und darum wird aus dieser ›Niederlage‹ der künftige Sieg erblühen.

›Ordnung herrscht in Berlin! Ihr stumpfen Schergen! Eure ›Ordnung‹ ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon ›rasselnd wieder in die Höh' richten‹ und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden:

Ich war, ich bin, ich werde sein!«

Rosa Luxemburg am 14. Januar 1919, dem Tag vor ihrer Ermordung⁵

I. Die Revolution gegen Krieg und Kaiser

Die Flotte unter der roten Fahne – der Sieg der Freiheit!⁶

Im Spätherbst 1918 brodeln es im Deutschen Reich. Das Kriegsende ist nah, die Arbeiter hungern, an der Front sind Matrosen und Soldaten in einer zunehmend aussichtslosen Situation vom Tode bedroht. An der Küste, in Kiel, spitzt sich die Lage zu.

Die Ostseestadt hat von der wirtschaftlichen Entwicklung des aufstrebenden deutschen Imperialismus besonders profitiert. Als Hafen- und Werftstadt ist sie damit auch ein Ballungsraum der Arbeiterklasse geworden. Zugleich waren ihre wirtschaftlichen Vorzüge eine gute Voraussetzung, hier mit der Marinestation Kiel ein Zentrum der deutschen Kriegsmarine einzurichten. Dass es gerade die Matrosen sind, unter denen der revolutionäre Geist sich zuerst Bahn bricht, wundert die Zeitgenossen nicht: »Die Mannschaften der Kriegsmarine rekrutieren sich im Wesentlichen aus seebefahrenen Leuten, die in der Welt herumgekommen und geistig über die politische Enge des deutschen Obrigkeitsstaates hinausgewachsen sind. Die Vertrautheit mit dem Meere und seinen Gefahren entwickelt die Persönlichkeit zu einer mutigen Selbstständigkeit, sie stellt ihre Leute fast täglich vor schwere Entschlüsse, die unverzüglich gefasst werden müssen, und macht

sie gleichgültig gegen das Opfer ihres Lebens«, befand ein zeitgenössischer Betrachter.⁷ Gerade deshalb sind die Matrosen für sozialistisches Gedankengut, für Gerechtigkeit und Selbstbestimmung zu gewinnen.

Ende Oktober 1918 stehen Entscheidungen großer Tragweite an. Noch wird nur diskutiert, gehen Flugblätter und Zeitungen von Hand zu Hand. Sichere Informationen und Gerüchte fliegen wild durcheinander – für die meisten bleibt unklar, was stimmt, was erdacht oder erlogen ist.

Auch in Berlin tut sich etwas, die Zeit der Erfolgsmeldungen und Durchhalteparolen ist vorbei. Dass der Reichskanzler bei den Alliierten um einen Waffenstillstand ersucht hat, ist bekannt, aber noch steht die Antwort aus. Doch am 28. Oktober meldet das Wolff'sche Telegraphen-Bureau aus dem Großen Hauptquartier: »Amerikanische Angriffe an der Maas abgewiesen«, »Sonderfriedensbereitschaft Oesterreich-Ungarns«, »Sonderfriedensverhandlungen der Türkei«, »Heftige Teilangriffe an der Westfront gescheitert.«⁸ Was soll der einfache Arbeiter, der Soldat oder der Matrose davon halten?

In Wilhelmshaven, dem wichtigsten Marinestützpunkt an der Nordsee, wo ein Großteil der Flotte konzentriert ist, laufen am gleichen Tag die Vorbereitungen für eine beispiellose und aussichtslose Marineoperation. Die Matrosen sind aufgeschreckt, fürchten, dass sie für ihre Vorgesetzten und die ominöse deutsche Ehre kurz vor Ende dieses Krieges noch in einen sinnlosen Opfertod geschickt werden. Sie sind zum Widerstand bereit.

Brief eines Matrosen an seinen Vater,

2. November 1918

An Bord, 2. 11. 18

Mein lieber Vater,

am Montagnachmittag ging die gesamte Hochseeflotte aus dem Hafen, alles, was dazu gehört, wie Torpedoboote, kleine Kreuzer, große Kreuzer und sämtliche Linienschiffe. Obwohl S. M. S. Kaiser, Pillau und Königsberg Maschinen-Havarie hatten, sind

die Schiffe doch mitgefahren. Das war kein gutes Zeichen [...] Es wurde uns nun am Montagabend bekannt, dass ein großer Vorstoß geplant war, der, falls er zur Ausführung gelangt wäre, uns alle das Leben gekostet hätte. Aber es kam anders. Wir erfuhren, dass andere Schiffe bei Helgoland die Feuer herausreißen wollten. Unsere Besatzung hat sich dem einmütig und solidarisch angeschlossen. Wir zum Beispiel und noch andere Schiffe mehr wären überhaupt nicht von der Stelle gefahren. Nachts 3 Uhr sollte die gesamte Flotte auslaufen, aber die einzelnen Schiffskommandanten meldeten ihrem Geschwaderchef und dieser dem Flottenchef Admiral von Hipper, dass die Besatzungen gemeinschaftlich den Gehorsam zum Ausfahren verweigern wollten [...]

Lieber Vater! Es bedarf gar keiner Beweise weiter; wir haben es alle gefühlt, dass es unsere letzte Fahrt gewesen wäre, daher die instinktive Gehorsamverweigerung. Auf einzelnen Schiffen sind nun daraufhin noch kleinere und größere Ausschreitungen vorgekommen; bis jetzt sind über 1000 Mann verhaftet und nach Bremerhaven transportiert worden. Ich will Dir noch mitteilen, dass, wenn nicht bald der Waffenstillstand kommt, hier die schönste Militärrevolte ausbricht und man gezwungen ist, den Weg nach der Heimat mit dem Gewehr zu ebnen. Lieber Vater, wundere Dich nicht, wenn ich eines schönen Tages bei Dir erscheine, denn bei mir läuft das Maß schon lange über. Es ist schade um jeden Blutstropfen, der noch für diese Lumpen vergossen wird. Auf jeden Fall: Die Flotte, auf die sie ihre letzte Hoffnung gesetzt hatten, versagt jetzt für alle Zeiten.

Dein Sohn Otto⁹

Um dieses Aufstands Herr zu werden, entschließt sich die Marineleitung – zusätzlich zu den Verhaftungen und dem gewaltsamen Vorgehen gegen Demonstrationszüge, teilweise mit tödlichen Folgen –, einen großen Teil der betroffenen Einheiten von Wilhelmshaven in andere Marinestützpunkte, insbesondere nach Kiel, zu verlegen. Ein verhängnisvoller Fehler, denn nun breitet sich der Aufruhr an der ganzen Waterkant aus.

»Da kam die Ernüchterung durch das Waffenstillstandsangebot und die Bildung der Regierung mit Max v[on] Baden an der Spitze. Nun fiel der Nebel, und das ganze Volk erkannte, dass der Krieg verloren, verloren durch die Schuld einer verbrecherischen, unfähigen Regierung und ihrer getreuen Helfer. In dieser Stimmung bedurfte es nur eines Anstoßes, um das ganze System über den Haufen zu rennen.« So berichtet einer der Führer des Kieler Matrosenaufstandes und Mitglied des Obersten Soldatenrates Lothar Popp wenige Wochen nach den Ereignissen. »Hier spielen nun zwei voneinander unabhängige Ereignisse zusammen, die planmäßige Vorbereitung der Revolution durch die revolutionäre Arbeiterschaft und die Matrosenerhebung. Durch ganz bestimmte Maßnahmen waren die Marineangehörigen zu der Überzeugung gelangt, dass die Führer der deutschen Flotte beabsichtigten, eine Verzweiflungsschlacht zu liefern, was die nutzlose Opferung der ganzen Besatzung bedeutet hätte. Am 28. 10. sollte die Flotte auslaufen, angeblich zu einem Manöver. Die Heizer rissen jedoch die Feuer heraus und verhinderten so das Auslaufen der Flotte.«¹⁰

Die Marineführung reagiert, setzt zahlreiche Meuterer fest. Durch die Verlegung von als unzuverlässig erachteten Schiffen nach Kiel will sie möglichen Widerstand isolieren und bekämpfbar machen. Doch es ist längst zu spät. Die drohende letzte Schlacht erzürnt die Mannschaften, schlägt »dem Fass den Boden aus«¹¹. Die nächsten Stunden und Tage sind durch Diskussionen, Versammlungen und Forderungskataloge geprägt. Es kommt zu tödlichen Zusammenstößen. Die Matrosen fordern die Freilassung ihrer Kameraden. Unter allen Umständen sollen die Verhafteten befreit werden, denn noch sind die Erfahrungen des Flottenaufstandes von 1917 allzu gegenwärtig. Auch damals hatte alles so hoffnungsvoll angefangen, doch schließlich gab es Todesurteile und zwei ihrer Kameraden, Albin Köbis und Max Reichpietsch, wurden erschossen.¹²

Die Auseinandersetzungen gehen auch am Folgetag weiter. Karl Artelt, die zweite zentrale Figur der zum Aufstand Entschlossenen, berichtet später:

»Vor dem Kaiser-Café empfing uns plötzlich Maschinengewehrfeuer. Unser Demonstrationszug stoppte. Als wir feststellten, dass niemand getroffen worden war, gingen wir weiter. Daraufhin schossen die Maschinengewehrschützen direkt in unseren Zug hinein. Vierzig bis fünfzig Demonstranten, darunter auch Frauen und Kinder, brachen unter den Kugeln zusammen. Acht von ihnen wurden getötet und neunundzwanzig schwer verletzt.

Durch die Massen ging ein Schrei der Entrüstung und des Protestes. Nachdem die Mörder, die unter dem Kommando des Leutnants Steinhäuser standen, [...] nicht bereit waren, das Feuer einzustellen, sprang ein Matrose [...] vor und schlug den Leutnant Steinhäuser mit dem Gewehrkolben nieder. Dem Mörder war die gerechte Strafe zuteil geworden. Die Niederschlagung des Leutnants war für uns das Signal zum Angriff. Junge Matrosen und Arbeiter stürmten die Stellung der Maschinengewehrschützen und schlugen sie in die Flucht [...]

Am anderen Morgen mussten alle Truppenteile in Kiel zum Appell antreten [...] Nach den üblichen Meldungen bestieg der Divisionskommandeur [...] einen bereitgestellten Tisch und hielt eine Ansprache [...] Er schilderte die gestrigen Vorkommnisse, sagte auch, dass die Luft mit Hochspannung geladen sei, dass aber ein Soldat sich nicht mit Politik zu befassen habe, da er von Politik nichts verstünde. Nachdem er den Tisch verlassen hatte [...] Kurz entschlossen sprang ich hinauf, hielt ebenfalls eine kurze Ansprache und forderte die Matrosen zur Wahl von Soldatenräten auf. Offiziere, die mich vom Tisch herunterzuschießen versuchten, wurden von Matrosenfäusten rücksichtslos entwaffnet. Anschließend stürmten wir unsere Waffenkammern und wählten in allen Kompanien Soldatenräte. Ich wurde zum Vorsitzenden des Soldatenrates gewählt.«¹³

Es sind die einfachen Arbeiter und Soldaten, die die Sache in die Hand nehmen, nicht unbedingt die großen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, deren Namen heute mit dem Jahr 1918 verbunden werden.

Lothar Popp wurde schon vor dem Krieg SPD-Mitglied. Nach Kriegsbeginn und dem Kurswechsel seiner Parteiführung organi-

sierte er sich friedenspolitisch. 1915 als Soldat zwangsverpflichtet und 1917 nach Kiel entlassen, engagiert er sich zunehmend radikaler. Wie nicht wenige Aktivisten der Revolution – das wird für deren weitere Entwicklung wichtig werden – gehört er zum örtlichen Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD), die sich angesichts des kriegstreibenden Kurses der SPD von dieser abgespalten haben.¹⁴ Seine politische Feuertaufe erlebt er im Januar 1918, als er während des großen Streiks den ersten Kieler Arbeiterrat organisiert. Verhaftung, Haft, Zwangsverpflichtung folgen, aber auch sein Untertauchen und politische Arbeit. Entscheidend ist, dass er das Vertrauen der Arbeiter genießt.

Karl Artelt ist ebenfalls seit langem SPD-Mitglied, fuhr zur See. Zur Flotte eingezogen, will auch er mit dem Krieg und der Politik seiner Partei nichts mehr zu tun haben, wird USPD-Mitglied und gehört fortan zu deren radikalstem Teil, der Spartakusgruppe. Sein aufmüpfiges Verhalten bringt ihm Scherereien, Arrest und Kommandierungen in Strafeinheiten ein. Im Oktober ist er als Spezialist in Kiel.

Es sind also politisch erfahrene, engagierte Arbeiter und Matrosen, die das Heft des Handelns ergreifen. Bezeichnend ist die Schilderung der Situation unmittelbar vor den Wahlen für Arbeiter- und Soldatenräte durch Popp und Artelt. Während die Lage noch unentschieden ist, tritt die Truppe befehlsgemäß an. Der Divisionskommandeur will beruhigen: »Wir Soldaten haben keine Ahnung von Politik, also haben wir uns auch nicht mit Politik zu befassen. Er schloss mit den Worten: *›Soldat soll gehorchen, Soldat muss gehorchen und Soldat gehorcht.‹* Die Menge wurde ziemlich erregt, fing an zu pfeifen und zu rufen.« Die Truppe löst sich auf, es wird über das weitere Vorgehen diskutiert. Die Militärangehörigen ziehen durch die Kasernen.

»Die Menge wurde immer größer und hin und her schoben sich die Massen [...] wir versammelten uns vor dem Stabsgebäude der 1. Torpedo-Division. Kamerad *Artelt* wurde gleich vom Divisionskommandeur [...] nach unseren Wünschen gefragt und im Verein mit noch zwei weiteren Kameraden legte ihm Kamerad *Artelt* die Forderungen der Mannschaften vor:

1. Abdankung des Hohenzollernhauses.
2. Die Aufhebung des Belagerungszustandes.
3. Freilassung unserer gemäßregelten Kameraden [...]
4. Freilassung aller im Zuchthaus zu Zelle sitzenden Kameraden von der Matrosenerhebung im Jahre 1917.
5. Freilassung sämtlicher politischer Gefangenen.
6. Einführung des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts für beide Geschlechter.¹⁵

Bei Bekanntgabe der Forderungen erklärte der Divisionskommandeur: »Ja, meine Herren, das ist ja ein politisches Programm.« Ja, erwiderte Kamerad *Artelt*, vorhin hatten Sie gesagt, *Soldaten hätten keine Ahnung von Politik, und darum haben wir das politische Programm an erster Stelle gesetzt.*«¹⁶

In diesen Forderungen, die in der weiteren Arbeit der Arbeiter- und Soldatenräte in Kiel noch klarer ausformuliert werden, offenbart sich bereits der komplexe Charakter des Aufstandes, der zum Initialzündler der deutschen Revolution werden sollte. Der Krieg ist unzweifelhaft verloren, das Deutsche Reich sucht nach Partnern für einen Waffenstillstand. Der Kieler Aufstand richtet sich gegen den verzweifelten Versuch eigentlich putschender Marineführer, die Flotte und damit die Matrosen in einem sinnlosen Vorstoß zu verheizen.

Nebenbei bemerkt ist diese Feindfahrt – mit Billigung durch den starken Mann der Obersten Heeresleitung (OHL), General der Infanterie Erich Ludendorff, durch die Marineführung vorbereitet – vor allem ein Sabotageakt gegen das mühsame Ringen um einen Waffenstillstand, das sich schon seit Wochen hinzieht. Die Admirale und Offiziere, aber auch der in die »Todesfahrt« offenbar gar nicht eingeweihte und hintergangene Reichskanzler Max von Baden, träumen von einem Thermopylen-Erlebnis.¹⁷ Künftigen Generationen soll die Niederlage durch die vermeintlich heroische Selbstaufopferung der deutschen Matrosen schmackhafter und erträglicher gemacht werden. Ihren Schiller haben sie wohl alle gelesen, der die Nachwehen der verlorenen Schlacht der Griechen gegen die Perser vor zweieinhalbtausend Jahren beschwor:

»Wanderer, kommst du nach Sparta, verkündige dorten, du habest Uns hier liegen gesehn, wie das Gesetz es befahl.«¹⁸

Nach vier Jahren blutigem, menschenfressendem Krieg, nach den Schlachten vor Verdun und im Skagerrak steht den Soldaten und Matrosen aber kaum noch der Sinn nach Heldentod. Sie wollen überleben, wollen zurück zu ihren in der Heimat darben- den Familien. Deshalb ist der avisierte Flottenvorstoß für sie der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Die alten Mächte empfinden diese Entwicklung verständlicherweise als tödliche Drohung – und sie begreifen den Widerstand gegen die selbst- mörderische Fortsetzung des Krieges als ideale Rechtfertigung für ihr eigenes Versagen. Der damalige Chef der OHL, Generalfeld- marschall Paul von Hindenburg, schreibt beispielsweise in seinen Erinnerungen:

Paul von Hindenburg über die Lage Anfang November 1918

Die befürchtete Erschütterung kündigt sich an. In der Heimat regt es sich mit Gewalt. Der Umsturz beginnt [...]

Ein Fieber beginnt nunmehr, den ganzen Volkskörper zu schüt- teln. Ruhiges Überlegen schwindet. Man denkt nicht mehr an die Folgen für das Ganze, sondern nur noch an das Durchset- zen eigener Leidenschaften. Diese machen nicht mehr Halt vor den wahnwitzigsten Plänen. Denn gibt es einen wahnwitzigeren als den, dem Heere das weitere Leben unmöglich zu machen? War je ein größeres Verbrechen menschlichem Denken und menschlichem Hasse entsprungen? Der Körper wird nach au- ßen machtlos; zwar schlägt er noch um sich, aber er stirbt. Ist es überraschend, dass der Gegner mit solch einem Körper macht, was er will, dass er seine harten Bedingungen noch härter aus- legt, als er sie geschrieben hat?¹⁹

Gerade weil die Kieler den Wahnwitz der Situation begreifen, fällt es ihnen so leicht, sich für das Leben, gegen den Krieg und seine Verantwortlichen zu entscheiden. Nun geht es um zweierlei: Zum einen soll verhindert werden, dass die Aufständischen von den

Militär- und Staatsinstanzen verfolgt oder gar als Meuterer zum Tode verurteilt werden – die Matrosen haben das Schicksal ihrer Vorkämpfer im Flottenaufstand von 1917 stets vor Augen. Zum anderen wollen sie die politischen Grundlagen der derzeitigen Herrschaft verändern. Das heißt, sie wollen letztlich die Republik, indem sie das Kaiserhaus insgesamt zur Disposition stellen, und sie wollen demokratische Verhältnisse durch freie, gleiche und geheime Wahlen, die endlich auch das Dreiklassenwahlrecht beenden, das zumindest für das Preußische Herrenhaus noch gilt. Bemerkenswert auch: Die Männer setzen sich für das Frauenwahlrecht ein.

In Kiel scheinen die Verhältnisse klar und unumkehrbar. Aber die Kieler bewegt die Frage, wie sie diese Verhältnisse auf das Reich übertragen können. Sie wissen, es geht um mehr als um die Flotte und ihren überschaubaren Einflussbereich. Sie wenden sich an die Parteien in Berlin. In Kiel soll einer der profiliertesten Sozialdemokraten, Gustav Noske, sein Bubenstück abliefern. Der Experte der MSPD für Wehr- und Kolonialfragen wird vom Reichskanzler und mit Rückendeckung seines Parteivorstandes an die Ostseeküste entsandt.²⁰

Allerdings will die SPD-Führung, genauso wie die Reichsleitung, unter allen Umständen Ruhe im Land. Revolutionäre Kampffaktionen können aus ihrer Sicht die Abdankung des Kaisers und die Schaffung eines neuen Staatswesens, in dem auch die Sozialdemokratie eine wichtige Rolle spielen soll, nur stören.

Am 4. November erfolgt ein Aufruf des Parteivorstandes, die Verhandlungen über die Abdankung nicht durch Kampffaktionen zu stören:

Aufruf des MSPD-Vorstandes

Arbeiter! Parteigenossen!

Durch unterschriftslose Flugblätter und durch Agitation von Mund zu Mund ist an euch die Aufforderung ergangen, in den nächsten Tagen die Betriebe zu verlassen und auf die Straße zu gehen. Wir raten euch dringend, dieser Aufforderung nicht zu folgen [...]

Wie ihr alle aus den Zeitungen wisst, hat Genosse Scheidemann im Einvernehmen mit der Partei dem Reichskanzler empfohlen, er möge dem Kaiser raten zurückzutreten. Über diese Frage schweben in diesem Augenblick noch wichtige Verhandlungen.

Arbeiter, Parteigenossen!

Wir fordern euch auf, diese Verhandlungen nicht durch unbesonnenes Dazwischentreten zu durchkreuzen.²¹

Gustav Noske gilt als volkstümlich, er kann aber auch mit den Militärs und den anderen Honoratioren. Und die Arbeiter, Soldaten, Matrosen und ihre Räte vertrauen der Sozialdemokratie, trotz aller Querelen, die sie mit dieser Partei seit 1914 in der Kriegsfrage haben. Sie begrüßen den Parteiführer herzlich, machen ihn anstandslos zum Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates. Gleichzeitig wird er nach kurzer Verhandlung in Rücksprache mit Berlin neuer Gouverneur in Kiel, anstelle eines kaiserlichen Admirals.

Aber Noske will die Macht nicht aus den Händen der Meuterer, sondern aus den Händen der Staatsgewalt. Sein Ziel ist klar: den Aufstand schnell beenden, seine Ausdehnung auf das Reich verhindern. In seinen Erinnerungen schreibt er, dass er »so bald wie möglich wieder zu einem ordnungsmäßigen Zustand« zurück wolle. »Dafür galt es, die Stimmung vorzubereiten. Ich schilderte den Leuten die Sachlage, so wie sie mir erschien, und besprach die Situation im ganzen Reich und den entsetzlichen Zustand, in dem sich unser Volk infolge der Kriegsniederlage befinde, und leitete dann die Gedanken dazu über, unter welchen etwaigen Voraussetzungen der Kieler Meuterei, die ich persönlich auf das Schärfste verurteile, ein Ende zu machen sei. Dass politische Reformen, für die man sich erhoben habe, erfüllt würden, sei selbstverständlich. Über eine Amnestie werde die Regierung mit sich reden lassen.«²²

Die Forderungen der Kieler Matrosen und Arbeiter wandeln sich unter dieser Einflussnahme. Die noch am Vortag verlangte umfassende politische Demokratisierung, der Weg in eine demo-

kratisch verfasste Gesellschaft, in eine Republik, wird faktisch dem Parteigenossen Noske und seinem Begleiter, dem Staatssekretär Conrad Haußmann von der Deutschen Volkspartei (DVP), als Aufgabe übertragen. Es bleiben die Forderungen nach einer Verbesserung der Lage der Matrosen als Militärangehörige und nach Verzicht auf Repression für ihren Aufstand.

**Die Kieler 14 Punkte, am 4. November 1918
vom Kieler Soldatenrat beschlossen**

Kameraden!

Der gestrige Tag wird in der Geschichte Deutschlands ewig denkwürdig sein. Zum ersten Male ist die politische Macht in die Hände der Soldaten gelangt.

Ein Zurück gibt es nicht mehr!

Große Aufgaben liegen vor uns. Aber damit sie erfüllt werden können, ist Einigkeit und Geschlossenheit der Bewegung notwendig.

Ihr habt einen Soldatenrat eingesetzt, der einmütig mit dem Arbeiterrat handelt.

Folgt seinen Anweisungen und Beschlüssen, sorgt für Ruhe und Ordnung, damit sich nichts ereignet, was gegen uns ausgenutzt werden kann. Denkt auch an die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Kasernen.

Die gestern in später Abendstunde beim Generalgouvernement unter Beisein des sozialdemokratischen Abgeordneten Noske und des Staatssekretärs Haußmann erreichten Erfolge sind:

1. Haußmann nimmt unsere Forderungen an und verspricht beschleunigte Durchsetzung bei der Regierung.
2. Sofortiges Abbrechen sämtlicher gegen unsere Bewegung gerichteten militärischen Maßnahmen.
3. Hinwirken zum Einlaufen der Flotte.
4. Unter Mitwirkung des Arbeiterrates werden dem Soldatenrat die Akten der noch in Haft Befindlichen vorgelegt, um über deren Freilassung, mit Ausnahme der wegen unehrenhafter Handlungen Verurteilten, zu entscheiden [...]

Die von dem Soldatenrat gestellten und vom Gouverneur angenommenen 14 Punkte lauten:

1. Freilassung sämtlicher Inhaftierten und politisch Gefangenen.
2. Vollständige Rede- und Pressefreiheit.
3. Unterlassung der Briefzensur.
4. Sachgemäße Behandlung der Mannschaften durch Vorgesetzte.
5. Straffreie Rückkehr sämtlicher Kameraden an Bord und in die Kasernen.
6. Die Ausfahrt der Flotte hat unter allen Umständen zu unterbleiben.
7. Jegliche Schutzmaßnahmen durch Blutvergießen haben zu unterbleiben.
8. Zurückziehung sämtlicher nicht zur Garnison gehöriger Truppen.
9. Alle Maßnahmen zum Schutze des Privateigentums werden sofort vom Soldatenrat festgesetzt.
10. Es gibt außer Dienst keine Vorgesetzten mehr.
11. Unbeschränkte persönliche Freiheit jeden Mannes von Beendigung des Dienstes bis zu Beginn des nächsten Dienstes.
12. Offiziere, die sich mit den Maßnahmen des jetzt bestehenden Soldatenrates einverstanden erklären, begrüßen wir in unserer Mitte. Alles Übrige hat ohne Anspruch auf Versorgung den Dienst zu quittieren.
13. Jeder Angehörige des Soldatenrates ist von jeglichem Dienste zu befreien.
14. Sämtliche in Zukunft zu treffenden Maßnahmen sind nur mit Zustimmung des Soldatenrates zu treffen.

Diese Forderungen sind für jede Militärperson Befehle des Soldatenrates.²³

Noske gelingt es, in Kiel zumindest oberflächlich wieder Ruhe und Ordnung herzustellen. Am 6. November kann das Wolff'sche Telegraphen-Bureau Optimismus verbreiten. Es muss nicht über die Schießereien um das Hissen der roten Fahne auf den Kriegsschiffen und den Tod von Offizieren berichten, die sich dem verweigern. »Der militärische Schutz der Ostsee durch die Marine ist

lückenlos hergestellt. Alle auslaufenden Kriegsschiffe führen die Kriegsflagge. Die Bewegung unter den Matrosen und Arbeitern ist in ruhigere Bahnen zurückgekehrt [...] Die Betriebe sind noch im Ausstand. Die Bevölkerung ist ruhig. In Hamburg sind die Betriebe ausständig. Es ist zu Disziplinlosigkeiten und gewaltsamen Übergriffen gekommen. Gleiches wird aus Lübeck gemeldet. Abgesehen von Ausschreitungen in einigen Werken ist Privateigentum nicht beschädigt oder angetastet worden. Die Bevölkerung ist nicht gefährdet.«²⁴

Der Eindruck aber täuscht. Noske ist letztlich nicht erfolgreich. Der revolutionäre Geist der Nachrichten, Flugblätter, Matrosen und Soldaten mit roten Armbinden durchdringt längst das ganze Reich. Reichskanzler Max von Baden hat mit seiner Einschätzung recht: »Ohne Kiel keine Revolution, ohne Revolution keine Kapitulation am 11. November.«²⁵

Noch etwas hat Noske nicht geschafft: Die revolutionären Arbeiter und Soldaten lassen sich keinesfalls überall von Forderungen abbringen, die über allgemeindemokratische Verhältnisse und einen menschenwürdigen Umgang in den Streitkräften hinausgehen. Sie erinnern sich, so wie der Arbeiter- und Soldatenrat in Stuttgart, an jene revolutionären, antikapitalistischen Ziele, wie sie Sozialdemokraten seit Jahrzehnten propagiert haben.

Forderungen des Arbeiter- und Soldatenrates Stuttgart vom 5. November 1918

1. Sofortiger Waffenstillstand und Abschluss des Friedens durch den Arbeiter- und Soldatenrat.
2. Abdanken aller Dynastien, einschließlich Wilhelm II. von Württemberg.
3. Auflösung des Landtags und des Reichstags. Die Regierung übernehmen sofort zu wählende Delegierte der Arbeiter, Soldaten, Kleinbauern und der Landarbeiter.
4. Sofortige und vollständige Aufhebung des Belagerungszustandes; Aufhebung jeder Zensur, volle Pressfreiheit; Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes.

5. Sofortige Freilassung aller politisch Inhaftierten und aller Militärgefangenen ohne Ausnahme in Württemberg und im Reich.
6. Banken und Industrien sind zugunsten des Proletariats zu enteignen.
7. Annullierung der Kriegsanleihen von 1000 Mark aufwärts.
8. Siebenstündige Arbeitszeit; Festsetzung von Mindestlöhnen durch die Arbeiterausschüsse. Gleiche Löhne für männliche und weibliche Arbeiter.
9. Streiktage sind voll zu bezahlen.
10. Durchgreifende Umgestaltung des Heerwesens, nämlich
 - a) Verleihung des Vereins- und Versammlungsrechts an die Soldaten in dienstlichen und außerdienstlichen Angelegenheiten;
 - b) Aufhebung des Disziplinarstrafrechts der Vorgesetzten; die Disziplin wird durch Soldatendelegierte aufrechterhalten;
 - c) Abschaffung der Kriegsgerichte;
 - d) Entfernung von Vorgesetzten auf Mehrheitsbeschluss der ihnen Untergebenen hin.
12. Abschaffung der Todesstrafe und der Zuchthausstrafe für politische und militärische Vergehen.
13. Übergabe der Lebensmittelverteilung an Vertrauensleute der Arbeiter.²⁶

Eine Ordnung aus den Fugen: Kiel – München – Berlin

Die Nachrichten über die Kieler Ereignisse durchteilen das Land. In Berlin versucht Karl Liebknecht, das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen. Der linksrevolutionäre Politiker hat bis 1916 für die SPD im Reichstag gesessen, lehnte aber die Kriegsbefürwortung seiner Partei ab, wurde aus der Fraktion ausgeschlossen und wegen »Kriegsverrats« inhaftiert. Im Zuge einer Amnestie ist er am 23. Oktober 1918 gerade erst aus dem Zuchthaus in Luckau entlassen worden. Jetzt formiert er den Spartakusbund als neue Organisationsform der Sozialisten. Noch sitzt seine Weggefährtin Rosa Luxemburg in Haft (sie kommt am 8. November frei), andere Mitstreiter ebenfalls, manche sind bei der Truppe oder –

wie Karl Artelt – längst in revolutionäre Aktivitäten verstrickt. Ein Flugblatt, das Liebknecht verfasst, soll der revolutionären Bewegung eine Richtung geben, auch wenn er weiß, dass die Mehrheitssozialdemokraten längst daran arbeiten, ihre »Ruhe und Ordnung« wiederherzustellen:

Karl Liebknecht: Die nächsten Ziele eures Kampfes

Arbeiter und Soldaten! Jetzt, da die Stunde des Handelns gekommen ist, darf es kein Zurück mehr geben. Die gleichen »Sozialisten«, die vier Jahre lang der Regierung Zuhälterdienste geleistet haben, die in den vergangenen Wochen von Tag zu Tag euch getröstet haben mit der »Volksregierung«, mit Parlamentarisierung und anderem Plunder, sie setzen jetzt alles daran, um euren Kampf zu schwächen, um die Bewegung abzuwiegeln.

Arbeiter und Soldaten! Was euren Genossen und Kameraden in Kiel, Hamburg, Bremen, Lübeck, Rostock, Flensburg, Hannover, Magdeburg, Braunschweig, München und Stuttgart gelungen ist, das muss auch euch gelingen. Denn von dem, was ihr erringt, von der Zähigkeit und dem Erfolge eures Kampfes hängt auch der Sieg eurer dortigen Brüder ab, hängt der Erfolg des Proletariats der ganzen Welt ab.²⁷

Die Waterkant ist innerhalb weniger Tage in der Hand der Arbeiter- und Soldatenräte, auch wenn die Mehrheitssozialdemokraten schnell versuchen, sich an die Spitze zu stellen. Die radikalen Forderungen der Matrosen und Arbeiter in Kiel, Hamburg, Lübeck oder Bremen inspirieren das Land. Im ganzen Reich sehen Arbeiter und Soldaten, oft auch Bauern, dass es anders geht, dass es einen Ausweg aus der verfahrenen und für viele elenden Situation gibt.

Noch ist die Lage in der Reichshauptstadt unentschieden, noch können die Minister unter Reichskanzler Max von Baden taktieren und versuchen, alles unter Kontrolle zu halten. Die Entente hält die Deutschen hin, zögert die Zusage zum Waffenstillstand

hinaus. Sie ist eigentlich auf eine völlig neue Regierung aus, Kaiser Wilhelm II. soll weichen. Denn der soll als Sündenbock herhalten, als Alleinverantwortlicher für das Elend dieses Krieges. Das lässt sich leicht behaupten, seit die militärische Lage zuungunsten des Deutschen Reiches gekippt ist.

Derweil debattieren die Arbeiter, die wichtigsten politischen Gruppierungen der Linken suchen nach Strategien – seien es die Mehrheitssozialdemokraten, die inzwischen mit Philipp Scheidemann als Staatssekretär in der Regierung sitzen, seien es die Unabhängigen Sozialdemokraten oder die Mitglieder des Spartakusbundes. Die Revolutionären Obleute²⁸, von den Arbeitern gewählte Vertrauensleute außerhalb der Gewerkschaftsstrukturen, schmieden Aufstandspläne, haben ihr Netz kampfbereiter Aktivisten in vielen Betrieben des Reiches etabliert. Sie sind entstanden, um sich für die Belange der Beschäftigten einzusetzen, wirken aber auch zunehmend politisch. Sie sind gegen den Krieg, setzen auf die Rätebewegung und verfolgen sozialistische Ziele. Ihr Kopf ist Richard Müller, der nicht zuletzt durch seine »Geschichte der Novemberrevolution«²⁹ wesentlich die Erinnerung an die wichtige Rolle der Revolutionären Obleute prägen wird. Sie stehen der Spartakusgruppe nahe, ohne sich dieser wirklich unterzuordnen.³⁰

Nur ein Makel haftet all diesen Plänen an: Die Wirklichkeit, die Wut und die Entschlossenheit der Aufständischen in den Zentren der Revolution eilen den Organisationsgremien und der Konspiration weit voraus.

Bald laufen die Münchner den Berlinern den Rang ab.³¹ Auch in Bayern ist das Grummeln des Aufstandes im Norden zu hören. Neben der MSPD ist hier die USPD stark, es gibt auch Verbindungen zur Bauernschaft. Für die Bayern kommt zur drängenden Friedenssehnsucht der Wunsch nach politischen Veränderungen hinzu, die nicht nur das Reich betreffen, sondern auch ihr bisheriges Königreich. Wenn bei dieser Gelegenheit die Eigenständigkeit der Bayern verstärkt werden könnte, gar separatistische Ideen sich Bahn brechen würden, umso besser.

Am 7. November strömen am traditionellen Münchner Kundgebungsort, der Theresienwiese, weit über hunderttausend Menschen zusammen. Sie wollen Frieden, sie wollen politische Veränderung. Kurt Eisner – Intellektueller, Journalist und Philosoph, ein Berliner und ein Jude – hat die Sympathien der Massen auf seiner Seite.³² Zwei Jahrzehnte Sozialdemokrat, eloquenter Kopf einer antimonarchistischen, demokratischen und sozialistischen Agitation, hat er wie viele andere im Vorjahr mit seiner Partei gebrochen. Deren Burgfriedenspolitik und das Anbieten der Mehrheitssozialdemokraten an die Staatspolitik sind ihm ein Gräuel. Für seine alte Partei hat der langjährige Redakteur des *Vorwärts* nur noch beißenden Spott übrig, wie in seinem Gefängnistagebuch vom Mai 1918 nachzulesen ist: »Es gab nur einen Ausweg: Man musste die Opposition aufgeben. So geschah es. Endlich hat man die Möglichkeit, zu schaffen. Man hatte die Freiheit, nach all Herzenlust alles zu fördern, wogegen man früher Opposition getrieben hatte. Man war dabei. Man stand drinnen. Man war nicht mehr negativ, sondern positiv. Man hatte politischen Einfluss.«³³

Nur wenige Tage vor den Revolutionsereignissen ist Eisner aus dem Gefängnis freigekommen, wo er wegen seiner aktiven Rolle beim Organisieren des Münchner Munitionsarbeiterstreiks im Januar 1918 gelandet war. Eisner ist in Bayern der prägende und führende Kopf der USPD.

Aus der Kundgebung auf der Theresienwiese entwickelt sich ein machtvoller Demonstrationzug, der zu den Kasernen der Garnison und ins Stadtzentrum Münchens führt. Der mittlerweile in Bayern ungeliebte König Ludwig III., der wenige Tage zuvor noch einer Verfassungsreform zugunsten einer konstitutionellen Monarchie zugestimmt hat, entzieht sich den Gefahren des Aufruhrs durch Flucht.

In der Nacht zum 8. November kommt es im Landtag zur Konstituierung eines Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates. Eisner wird an die Spitze dieses Rates gerufen und mit der Bildung eines Kabinetts beauftragt.